



Vor rund zwei Jahren stand das Parlament in Kapstadt in Flammen. Der Aufbau der „Herzkammer der Demokratie“ dauert immer noch an.

BILD: LYU TIANRAN/DPA

Schafft es Südafrika in diesem Jahr aus der Krise, Herr Jaecke?

Die Wirtschaft im Land am Kap stagniert, die Gesellschaft ist sozial gespalten, die Menschen fühlen sich von der Politik nicht verstanden. Die Probleme sind vielfältig und doch gibt es Hoffnung. Ein Gastbeitrag

VON GREGOR JAECKE

Vor etwa zwei Jahren stand das südafrikanische Parlament in Kapstadt lichterloh in Flammen. Der Sitz der Volksvertretung wurde Anfang Januar 2022 – vermutlich durch Brandstiftung – massiv beschädigt. Der Wiederaufbau der „Herzkammer der Demokratie“ schreitet nur langsam voran und ist letztlich leider auch ein Sinnbild für den derzeitigen Zustand des Landes: Wirtschaftskrise, soziale Spaltung, Entfremdung einer großen Anzahl von Menschen vom politischen System und schlechte Regierungsführung. Dennoch gibt es Licht am Ende des südafrikanischen Tunnels.

Berichte über das Land am Kap beginnen zumeist damit, dass die Vielzahl der sich überlappenden Krisen (viele sprechen hier auch von einer sogenannten „Polykrise“) beschrieben werden. Ich möchte auch in diesem Beitrag die Leserin und den Leser diesbezüglich nicht enttäuschen, denn: Jede ehrliche Analyse beginnt mit der Betrachtung der Realität. Und diese sieht in Südafrika

„Ein Land, das seiner jungen Bevölkerung keine Perspektive bieten kann, blutet langsam aber sicher aus“

derzeit wie folgt aus: Fehlendes Wirtschaftswachstum in Kombination mit ausbleibenden Investitionen (sowohl staatlichen als auch im Privatsektor) führen zu einer stetigen Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich – mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in extremer Armut. Darüber hinaus sind fast 50 Prozent der Bevölkerung auf staatliche Transferzahlungen angewiesen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 30 Prozent, diejenige der Jugendarbeitslosigkeit bei weit über 60 Prozent. Ein Land, das seiner jungen Bevölkerung (rund 45 Prozent der

Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt) keine Perspektive bieten kann, blutet langsam aber sicher aus.

Obwohl die südafrikanische Wirtschaft teilweise am Boden liegt, erfolgt weiterhin Wirtschaftsmigration aus finanzschwachen afrikanischen Ländern nach Südafrika, welche Verteilungskämpfe um Wohnraum und Arbeit unter den armen Bevölkerungsgruppen hervorruft – und Xenophobie verschärft. Darüber hinaus kann der Staat die Grundversorgung flächendeckend nicht mehr gewährleisten: Die Versorgung mit Wasser und Strom (zeitweise fällt im Land der Strom für mehrere Stunden aus!), das Bildungssystem, sozialer Wohnungsbau, Innere Sicherheit (Stichwort: steigende Kriminalitätsraten) sowie der öffentliche Nahverkehr sind mangelhaft und sorgen für Frustration in der Bevölkerung.

Und wie fast überall auf der Welt führen Frust und Enttäuschung letztlich zu einer gravierenden Entfremdung der Bevölkerung von Politikern, Parteien (sowohl von der Regierung, als auch den Oppositionsparteien) und staatlichen Institutionen. Ein Indikator hierfür ist die sinkende Wahlbeteiligung in Südafrika (diese betrug bei den letzten Lokalwahlen im November 2021 lediglich 46 Prozent). Nichtwähler stellen damit die größte „Wählergruppe“ im Land am Kap dar.

Klar ist: Wer von der Politik und seinen Entscheidungsträgern nichts mehr erwartet, der meldet sich vom politischen Leben und deren Wirkungsmöglichkeiten ab – eine ohne Frage negative Entwicklung für die junge Demokratie Südafrika.

Einer der Gründe für die oben beschriebene Lage ist das Fehlen staatlicher Kapazitäten sowie die Folgen des menschenverachtenden Systems der Apartheid, die sich noch heute im südafrikanischen Alltag widerspiegeln. Der schwarzen Bevölkerung wurde aufgrund der Rassentrennung jahrzehntelang der Zugang (im Vergleich zur weißen Be-

völkerung) zu guten Bildungseinrichtungen verwehrt. Vor allem deshalb ist diese Bevölkerungsgruppe am meisten von der sozialen Ungleichheit betroffen.

Wahr ist aber auch, dass es die Dauerregierungspartei „African National Congress“ (ANC) nur unzureichend geschafft hat, ihren Rollenwechsel von der ehemaligen Befreiungsbewegung hin zu einer erfolgreichen Regierungspartei gerecht zu werden. Das Land am Kap ist ein trauriges Musterbeispiel für schlechte Regierungsführung, oder anders ausgedrückt: Der Abstieg des Landes ist vor allem der verfehlten Wirtschaftspolitik, der Korruption, dem Klientelismus und der Misswirtschaft sowie der Reformunfähigkeit der ANC-Regierung geschuldet.

Es wird zunehmend deutlich, dass der politischen Führungselite des ANC aus verschiedenen Gründen die Durchsetzungskraft und der

politische Wille fehlen, Dinge zum Positiven verändern zu wollen, innerparteiliche Grabenkämpfe zu überwinden und Reformen durchzuführen, die auf Wachstum und Beschäftigung setzen.

„Frust und Enttäuschung führen zu einer gravierenden Entfremdung der Bevölkerung von Politikern und Parteien“

Das Wohl des Landes rückt in den Hintergrund, stattdessen scheint den Regierenden die Einheit der Partei und ihr Machterhalt wichtiger. Infolgedessen sieht sich der ANC einem massiven Vertrauensverlust in der Bevölkerung ausgesetzt, verbunden mit Stimmenverlusten der ehemaligen Befreiungsbewegung bei den letzten Lokalwahlen. Laut aktuellen Umfragen droht der ANC bei

den nächsten Wahlen zum Nationalparlament (der Wahltermin ist voraussichtlich im Mai 2024) unter 50 Prozent der Stimmen zu fallen.

Die schlechte Regierungsbilanz des ANC, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, verbunden mit einer zunehmend fragmentierten und volatilen Wählerschaft, könnte an der Wahlurne eine Dynamik freisetzen, welche die Alleinherrschaft der Regierungspartei beenden und zugleich eine Koalitionsregierung aus mehreren Parteien ermöglichen könnte. Konkret heißt das: Sowohl auf nationaler Ebene, als auch in einigen Provinzen, scheint es möglich, dass der ANC seine Vormachtstellung verlieren und folglich mit anderen Parteien zusammenarbeiten müsste (oder in einigen Fällen sogar aus der Regierungsverantwortung gedrängt werden könnte).

Seriöse Wahlumfragen sind in Südafrika deshalb schwierig, weil die Höhe der Wahlbeteiligung eine große unbekannte Variable darstellt. Es wird unter anderem entscheidend darauf ankommen, inwieweit die etwa 15 Millionen jungen Wähler – die sogenannten „bornfree“, die bei den nächsten Wahlen das erste Mal wahlberechtigt sind, aber die dunklen Zeiten der Apartheid nicht miterlebt haben und somit wenig Loyalität zum ANC als ehemaliger Befreiungsbewegung zeigen – von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Darüber hinaus wird sich zeigen, inwieweit eine in der Vergangenheit oftmals zerstrittene Opposition in der Lage sein wird, zum Wohle des Landes zusammenzuarbeiten, dabei – vor allem persönliche – Befindlichkeiten außen vor zu lassen und zu beweisen, dass man besser regieren kann als die Amtsinhaber.

Die grundlegende Erkenntnis auf Eingung im Oppositionslager scheint zumindest vorhanden, denn: Im August 2023 unterzeichneten unter der Federführung der größten Oppositionspartei, der „De-

mocratic Alliance“ (DA), mehrere Parteien eine Vereinbarung (auf Grundlage gemeinsamer Werte und Prinzipien sowie sich überschneidender Politikinhalt) mit der Zielsetzung, bei den nächsten Wahlen eine gemeinsame Koalition einzugehen, um den ANC abzulösen.

Seit 1994 können alle Südafrikanerinnen und Südafrikaner frei und uneingeschränkt wählen gehen – und damit die Weichen für die Zukunft der Regenbogenation stellen. Man mag den ANC aufgrund seiner schlechten Regierungsbilanz (zu Recht) kritisieren, darf man dabei aber nicht übersehen, dass die ehemalige Befreiungsbewegung das Land nach Beendigung der Apartheid in eine gut funktionierende verfassungsmäßige Demokratie mit Gewaltenteilung, unabhängiger Justiz und einem Verfassungsgericht überführt hat.

„Ich erlebe die meisten Südafrikaner als krisenfest. Sie wollen durch harte Arbeit Dinge zum Besseren wenden“

Darüber hinaus hat Südafrika noch immer eine robuste und aktive Zivilgesellschaft sowie unabhängige und freie Medien. Im Zeitalter, in dem weltweit immer mehr Demokratien in sich zusammenbrechen, sollte man diese Aspekte hoch schätzen. Zudem erlebe ich die meisten Südafrikaner als krisenfeste und willensstarke Menschen, die danach streben, durch harte Arbeit Dinge zum Besseren zu wenden.

Ferner ist das Land am Kap nach wie vor Deutschlands wichtigster Handelspartner in Afrika und nicht nur für deutsche Besucher eine recht beliebte Urlaubsdestination. Und zuletzt: Auch die Renovierung der abgebrannten Volksvertretung in Kapstadt scheint (langsam aber stetig) voran zu gehen. Man sieht Licht am Ende des Kaps.

DER GASTAUTOR

Gregor Jaecke ist seit Januar 2023 Leiter des Auslandsbüros Südafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Von September 2015 bis Juni 2017 leitete er für die Stiftung in Kenia den Programmbereich „Dezentralisierung und Stärkung lokaler Verwaltungskompetenzen“ und war zudem seit November 2016 (bis September 2018) als Auslandsmitarbeiter für das Büro in der Demokratischen Republik Kongo verantwortlich.

Von Januar 2019 bis April 2022 leitete er das Auslandsbüro Syrien/Irak mit Dienstsitz in Beirut, Libanon.

Geostrategische und sicherheitspolitische Fragestellungen sind – neben Innovation sowie Partizipation und Repräsentation – inhaltliche Schwerpunktthemen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die CDU-

nane Denkfabrik fühlt sich dem politischen Erbe Konrad Adenauers verbunden, hat 18 Politische Bildungsforen in Deutschland und ist in über 100 Ländern weltweit mit Büros vertreten.

